

## Deutschösterreich an Wilson.

Ersuchen um Einleitung der Präliminarfriedensverhandlungen und um schnelle Lebensmittelhilfe.

Ueber Beschluß des Staatsrates ist folgendes Schreiben an den Präsidenten der Vereinigten Staaten ergangen:

Herr Präsident!

Die provisorische Nationalversammlung Deutschösterreichs hat am 12. November 1918 einstimmig beschlossen, Deutschösterreich die Verfassung einer demokratischen Republik zu geben, die ein Bestandteil der großen Deutschen Republik werden soll. Das deutsche Volk in Oesterreich hat damit, sein Selbstbestimmungsrecht ausübend, kundgetan, daß es fortan keiner Staatsgewalt unterworfen sein will als der, die es sich selbst einsetzt, und daß es die enge staatsrechtliche Verbindung mit Deutschland wieder herstellen will, die vor 52 Jahren durch das Schwert zerrissen worden ist. Wir hoffen, Herr Präsident, daß Sie den von Ihnen so oft ausgesprochenen Grundsätzen entsprechend, diese Bestrebungen des deutschen Volkes in Oesterreich unterstützen werden. Das Recht der Polen, der Italiener, der Südslaven, die bisher dem österreichischen Staate angehört haben, sich mit ihren Nationalstaaten außerhalb Oesterreichs zu vereinigen, haben Sie, Herr Präsident, versprochen; wir sind überzeugt, daß Sie dasselbe Recht auch dem deutschen Volke in Oesterreich zuerkennen werden. Wir bitten Sie, Herr Präsident, uns möglichst bald Gelegenheit zu bieten, in die Verhandlungen über einen Präliminarfrieden einzutreten. Zur Führung dieser Verhandlungen ist in unserem Namen ausschließlich der Staatsrat der Deutschösterreichischen Republik bevollmächtigt. Das Mandat des bisherigen österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeußeren ist erloschen. Die österreichisch-ungarischen Missionen im Auslande sind provisorisch bis zur Schaffung eigener Vertretungsbehörden der Deutschösterreichischen Republik bevollmächtigt, den Staatsrat zu vertreten.

Wir haben mit großer Aufmerksamkeit die Mahnung zur Festigkeit und zur Besonnenheit gelesen, die Sie, Herr Präsident, an die befreiten Völker Oesterreichs gerichtet haben. Unsere Regierung, die aus Vertretern aller Parteien Deutschösterreichs zusammengesetzt ist, ist bisher mit vollem Erfolg bemüht, Ordnung und Freiheit in unserem Lande aufrechtzuerhalten. Die Bemühungen sind jedoch wesentlich erschwert durch den schweren Mangel an Lebensmitteln, der in unserem Lande herrscht. Die Aufrechterhaltung der Blockade bedroht das deutsche Volk in Oesterreich mit umso schwererer Gefahr, da sich auch die slavischen Nationalstaaten, die auf dem Boden Oesterreichs entstanden sind, gegen die Deutschösterreichische Republik absperrten und sich weigern, dem deutschösterreichischen Industrievolk die Ueberschüsse ihrer Landwirtschaft zu liefern. Unter solchen Umständen droht der Deutschösterreichischen Republik eine Hungerkatastrophe. Wir nehmen daher, Herr Präsident, mit großer Genugtuung die Mitteilung zur Kenntnis, daß Sie Deutschösterreich durch Sendung von Lebensmitteln helfen wollen, und bitten Sie, diese Hilfe möglichst anzuhelfen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung

Das Staatsamt für Aeußeres der Deutschösterreichischen Republik:

Dr. Bauer.